

Ludwig Erhard



LUDWIG-ERHARD-PREIS FÜR

WIRTSCHAFTSPUBLIZISTIK 2007

Am 23. Oktober 2007 wurde der Ludwig-Erhard-Preis für Wirtschaftspublizistik in Berlin verliehen. Die Hauptpreisträger waren Bundesminister a. D. *Dr. Otto Graf Lambsdorff* und *Dr. Ursula Weidenfeld*, stellvertretende Chefredakteurin des Tagesspiegel. Die Förderpreise gingen an das Team der freien Journalistinnen *Juliane Fliegenschmidt*, *Julia Friedrichs* und *Eva Müller*, an *Philipp Krohn*, Wirtschaftsredakteur beim Deutschlandfunk, sowie an *Daniel Schäfer*, Wirtschaftsredakteur bei der Frankfurter Allgemeinen Zeitung. Die Laudationes sprach *Dr. Peter Gillies*, Mitglied der Jury des Ludwig-Erhard-Preises.



V. l.: Philipp Krohn, Daniel Schäfer, Juliane Fliegenschmidt, Julia Friedrichs, Eva Müller, Dr. Ursula Weidenfeld, Dr. Otto Graf Lambsdorff
Fotos: Henning Lüders, Berlin

Laudationes

Dr. Peter Gillies

Mitglied der Jury des Ludwig-Erhard-Preises für Wirtschaftspublizistik

Der journalistische Nachwuchs bemüht sich wacker, Wahrnehmungslücken zu schließen, den Weg zwischen ängstlicher Beklemmung und realer Wahrnehmung auszuleuchten. Dabei fielen der Jury einige beachtliche Arbeiten ins schweifende Auge.

Das Journalistinnen-Trio *Juliane Fliegenschmidt, Julia Friedrichs* und *Eva Müller* legte unter dem Titel „Abgehängt – Leben in der Unterschicht“ eine bemerkenswert eindringliche Fernsehreportage vor. Sie wurde im November 2006 in der ARD ausgestrahlt.



V.l.: Julia Friedrichs, Juliane Fliegenschmidt, Eva Müller

Die Kamera begleitet Familien aus Wattenscheid, die sich auf dem Hartz-IV-Sofa dauerhaft eingerichtet und das Interesse an eigener Erwerbsarbeit längst aufgegeben haben. Der Zuschauer blickt in einen Drei-Generationen-Haushalt, in dem jeder Arbeit für zu anstrengend und unzumutbar hält und jeden Trick zu ihrer Vermeidung ausnutzt. Der Fernseher läuft ganztägig, das Leben verrinnt plan- und perspektivlos. Der junge Mann im besten Alter fühlt sich bereits durch einen Tag Laubharken überfordert. Man schimpft auf die Behörden, die man gleichzeitig um einige Euro Vorschuss anfleht.

Verwoben sind die Schicksale mit Alkohol, Überschuldung und Haftstrafen – und mit behördlicher Ratlosigkeit. Wir sehen bemühte Arbeitsvermittler, die genau wissen, dass ihre Arbeitsangebote unerwünscht sind. Und die einen Kunden

rasch zum Schwerbehinderten befördern, damit sie ihn aus ihrer Statistik kicken können.

Die Jury hat den Beitrag vor allem aus zwei Gründen ausgezeichnet: Die schweifende Kamera mit ihren insistierenden Fragen spiegelt nicht nur eine bedrückende Sozialreportage wider, sondern macht deutlich, dass es in Hartz-IV-Kreisen auch Reste von Selbstbehauptung, von Hoffnung gibt. „Es ist ein gutes Gefühl, wieder gebraucht zu werden,“ sagt beispielsweise ein Ein-Euro-Jobber von sich, der nach langer Erwerbslosigkeit Essen in einer Sonderschule austeilt. Oder jene allein erziehende Mutter, die äußerst preisbewusst lebt und darauf hinarbeitet, ihrem Kind irgendwann eine Perspektive vermitteln zu können.

Der zweite Grund für die Auszeichnung ist der Verzicht auf schlaumeierische Kommentare. Die Autorinnen filmten ab, was keines pädagogischen Zeigefingers bedarf. Eine Sendung, die zum Nachdenken über das sogenannte Prekariat ermuntert.

Unser zweiter Förderpreisträger heißt *Philipp Krohn*. Er ist Wirtschaftsredakteur beim Deutschlandfunk und widmete sich der schwierigen Aufgabe, ein Wirtschaftslexikon für Kinder aufzubereiten. Die achteilige Serie wurde im Kinderfunk Kakadu ausgestrahlt. *Krohn* bemüht sich, ökonomische Begriffe wie Zinsen, Steuern, Zölle, Inflation, Bank, Schulden, Börse und Weltbank kindgerecht darzustellen.



Philipp Krohn

Die teilweise recht komplizierten Vorgänge des Wirtschaftslebens in kindgerechter, schlichter Umgangssprache zu durchleuchten, erwies sich als schwieriges Unterfangen. Da werden die Kids damit bekannt gemacht, dass „Aktien ziemlich doll schwanken“, dass Schulden entstehen, „wenn man kein Geld hat und noch weniger als gar nichts hat“



oder dass „einige Leute sich ständig Geld leihen und auf Pump leben. Die müssen aber aufpassen, denn ihnen wachsen die Zinsen über den Kopf“.

Der Ökonom mag manche fachliche Lücke in diesem kindlichen Wirtschaftslexikon entdecken. Aber entscheidend für die Jury war, dass der Versuch gewagt wurde, wirtschaftliche Sachverhalte überhaupt einmal ins Kinderprogramm zu bringen. Journalisten wissen: Nicht das Erzählte reicht, sondern nur das Erreichte zählt.



Daniel Schäfer

Den dritten Förderpreis erhält *Daniel Schäfer*, Wirtschaftsredakteur der Frankfurter Allgemeinen Zeitung. In einer Artikelreihe durchleuchtete er das Phänomen „Private Equity“. Gemeint sind jene Firmenjäger, umgangssprachlich „Heuschrecken“ genannt, die über Unternehmen herfallen, sie ausweiden, kahl fressen und zum nächsten Opfer wechseln. Soweit die animalische Metapher aus Politikermund.

Schäfers „Wahrheit über die Heuschrecken“ (so der Buchtitel) mit dem Untertitel „Wie Finanzinvestoren die Deutschland AG umbauen“ blättert ein Stück neuerer Wirtschaftsgeschichte auf. Sie ist mit Schlagworten und Missverständnissen, Selbstlob, Groll und Hass gespickt. Der Autor gestattet dem Leser jedoch einen Blick hinter die tagespolitische Polemik. Er skizziert die Linien dieser neuen Strategie, ohne ihre gewichtigen Probleme zu verschweigen.

Deutschland sei ein bisschen angelsächsischer geworden, eine Prise Turbo, etwas weniger Behäbigkeit, schreibt *Schäfer*. „Das heißt: mehr Innovation, aber weniger Stabilität. Und mehr Ungleichheit, aber auch mehr Dynamik. Die Agenten dieses Wandels sind die Finanzinvestoren.“ Wer sich durch die Artikelserie liest, erhält Beurteilungsmaßstäbe zwischen Firmenrettern und Firmenplünderern. Da bleiben manche Vorurteile auf der Strecke, was ja schließlich Sinn einer seriösen Wirtschaftspublizistik ist.

Allen Trägern der drei Förderpreise gilt der herzliche Glückwunsch der Jury. Ich bin sicher, dass Sie

weitere Karrierestufen erklimmen werden – mit der gleichen bemerkenswerten Kreativität, mit der Sie Ihre heute ausgezeichneten Arbeiten verfertigen.

Eine besonders ehrenvolle Aufgabe ist es mir nun, die beiden Träger des Ludwig-Erhard-Preises für Wirtschaftspublizistik 2007 vorzustellen: *Dr. Ursula Weidenfeld* und *Dr. Otto Graf Lambsdorff*.

Frau *Dr. Weidenfeld* ist 1962 in Mechernich geboren. Sie studierte Wirtschaftsgeschichte, Germanistik und Volkswirtschaft und promovierte am Lehrstuhl für Verfassungs-, Wirtschafts- und Sozialgeschichte in Bonn. Ihre publizistischen Stationen: Volontariat an der Georg-von-Holtzbrinck-Schule, Wirtschaftswoche, Tagesspiegel, Financial Times Deutschland und jetzt wiederum der Tagesspiegel. Dort ist sie stellvertretende Chefredakteurin.



Ursula Weidenfeld

Unsere diesjährige Preisträgerin schreibt über alles und alle und fürchtet niemanden. Sie stichelt gegen kleinkarierte Baupolitik beim Berliner Großflughafen, beklagt das schwindende Selbstbewusstsein der Gewerkschaften, blättert anhand des Arbeitslosengeldes, an dem sich die Volksparteien derzeit zerlegen, die groteske Sozialpolitik der jüngsten Tage auf.

Wenn Politiker das Brutto-Netto-Gefälle der Löhne beklagen, das sie selbst geschaffen haben, umschreibt die Autorin dies so bildhaft wie zutreffend: „Sie schreien ‚Feuer!‘, dabei sind sie seit Jahren mit dem Flammenwerfer unterwegs.“ *Ursula Weidenfeld* versteht es, in der langen Analyse wie in der kurzen Glosse die ökonomischen Gesetzmäßigkeiten zu analysieren und griffig darzustellen.

Sie durchleuchtet Risiko, Spekulation und Krisen, sie schärft den Blick des Publikums für den Durchblick. „Statt alle Zeit, allen Streit und alles Geld auf Kinder, Klima und Hartz IV zu verwenden, muss sich die Große Koalition auch um die Starken und Klugen kümmern,“ mahnt sie in einem Kommentar zum Fachkräftemangel. Dieser herrsche übrigens nicht nur bei Ingenieuren, son-

dern vor allem bei der Regierung – erfrischend kess, Frau Kollegin!

Ihre beeindruckende Stärke ist die süffige Analyse der täglichen Probleme zwischen Börse und Sozialem, Lokführerstreik und Milchquoten; alles ordnungspolitisch sauber und zuweilen gewürzt mit einer Prise Ironie. In dieser Sprache findet die Marktwirtschaft ein aufmerksames und aufmergendes Publikum.

Unsere Autorin liebt es, Wirtschaft und Politik miteinander zu verweben. Ich zitiere aus einem Beitrag über das „Gequälte Bürgertum“: „Neue Mitte oder neues Bürgertum – Gruppen, die vor Kurzem noch im Zentrum eines jeden Wahlkampfes standen, scheinen politisch heute allenfalls als finanzpolitische Manövriermasse jenseits des heute geltenden Einkommensteuertarifs oder der Beitragsbemessungsgrenze zu existieren. Von einer klaren politischen Linie für diejenigen, die diesen Staat zum größten Teil finanzieren, ist nichts zu sehen. 85 Prozent der Politik werden für die 15 bis zwanzig Prozent der Bevölkerung gemacht, die ihr mit Gleichgültigkeit, Desinteresse und totaler Ignoranz begegnen. Das politisch aufgeschlossene Bürgertum dagegen steht nicht nur nicht mehr im Fokus der Politik – es wird auch noch bedenkenlos in Geiselschaft genommen, wenn die Freiheitsrechte der Einzelnen wieder einmal eingeschränkt werden müssen.“

„Monatlang diskutiert das Kabinett über eine Verbesserung von Hartz IV. Das Vorhaben dagegen, ein leistungsförderndes Steuerrecht zu schaffen, hat sie zu den Akten gelegt. Während die Regierung Mindestlöhne für Geringqualifizierte einrichtet, sieht sie tatenlos zu, wie die am besten ausgebildeten Nachwuchskräfte Deutschlands scharenweise ins Ausland flüchten. Frankreich hat gerade eine Initiative gestartet, um ausländische Forscher mit Steuervorteilen und finanziellen Anreizen ins Land zu locken. Deutschland diskutiert dagegen nur, wie Gutverdiener für eine erneute Gesundheitsreform am nachhaltigsten zur Kasse gebeten werden können.“

„Schlimmer noch: Da, wo es früher die Aufgabe der Wirtschaftsminister war, den Starken, den Unternehmerpersönlichkeiten und den wirtschaftlichen Eliten den Freiraum zu sichern, den sie zum Bleiben in diesem Land brauchen, gibt es in dieser Regierung keine Stimme mehr. Sie wäre

nötiger denn je. Ein Land, das für die Verlierer des gesellschaftlichen Wandels keine angemessenen Antworten findet, wird zu Recht als inhuman und ungerecht verurteilt. Eines, das keine Antworten mehr für seine Bürger sucht, verspielt seine Tradition. Und es spielt mit seiner Zukunft.“

Ihnen, Frau *Dr. Weidenfeld*, gilt der herzliche Glückwunsch der Jury.

Die Anklage gegen die Ausbeutung der politischen Mitte, gegen das gequälte Bürgertum käme wohl auch unserem anderen Preisträger so recht zupass: *Dr. Otto Graf Lambsdorff*. Schließlich hat der „Spiegel“ ihn einmal zum „Feldherrn und Haudegen des Wirtschaftsbürgertums“ ernannt. Den Laudator quält nun die Frage: Wie kann man den vielen Ehrungen eines verdienstvollen Mannes auch nur eine einzige hinzufügen, die einen Mindestanspruch an Originalität hat? Antwort: Man kann es nicht. Aber die Veranstalter erwarten von mir, dass ich es versuche. Verwegen, aber nicht strafbar.



Otto Graf Lambsdorff

Im zweiten und dritten Kabinett *Schmidt* war er ebenso Minister wie in den beiden ersten Regierungen *Kohl*. Vor allem aber war er in den Augen und Ohren der Öffentlichkeit ein beherzter Mahner zu marktwirtschaftlichen Prinzipien. Leistung statt Wohlfahrtsstaat, Markt statt Lenkung, Eigenvorsorge statt Transfersofa, Steuersenkung statt Konfiskation. Seinen Stil nannte man schneidig, seine Beweisführung glasklar, Furchtsamkeit gegenüber sozial bewegten Gutmenschen war und ist ihm fremd. Aber in seinen politischen Funktionen musste er auch mit ansehen, wie die Rhetoriker der Marktwirtschaft oft vor einer angeblich populären Verteilungspolitik kapitulierten oder sich feige wegduckten.

Aus den wahrlich aufregenden Ereignissen seines politischen Lebens möchte ich mir nur das sogenannte Lambsdorff-Papier von 1982 herauspicken. Es wurde zur Scheidungsurkunde der sozial-liberalen Koalition und führte bekanntlich in die Ära *Kohl*. Darin findet man hochaktuelle Stichworte: *Graf Lambsdorff* mahnte zu Subventionskür-



Dr. Peter Gillies: Unsere gefühlten Krisen



Seit einigen Jahren erschrecken uns die Meteorologen nicht nur mit den tatsächlichen Temperaturen, sondern mit dem „gefühlten Wetter“. Da mag das Thermometer angenehme Kühle anzeigen, gleichwohl empfinden wir es als bitterkalt, zumal wenn ein Wind weht. Als der Euro eingeführt wurde, konnte die Statistik keine wesentliche Preissteigerungen feststellen. Aber unsere Wahrnehmung war heftig inflationär. So kam mit dem Euro dessen Parallelwährung in die Welt: der Teuro.

Wir Deutsche gelten nicht als Meister der fröhlichen Lebensführung. Schwerblütig tragen wir an unseren Bedenken. Wir würden es einfach nicht packen, so der Philosoph *Rüdiger Safranski*, aus unserer melancholischen Universalpolemik auszuweichen. Allseits wird Witterung aufgenommen zu den Unpässlichkeiten der Zeit. Wir haben den Airbag, den Computer, das Faxgerät, den Zeppelin und viel Nützliches erfunden, aber auch das Waldsterben, die gelbe Tonne und die soziale Gerechtigkeit. Wir sind eben gefühlig.

So fühlen sich die Alten jung, die Jungen alt, die Reichen arm, die Armen noch ärmer. Man fühlt sich von Inflation, Terror, Bespitzelung, von Armut und Ausbeutung bedroht. Nachdem das Waldsterben das Zeitliche segnete, ducken wir uns vor der Klimakatastrophe. Mitten in einem kräftigen Wirtschaftsaufschwung fühlen sich die Deutschen als die Verlierer des Wachstums. Die gefühlte Inflationsrate, so berechnet *Professor Hans Wolfgang Brachinger* aus Fribourg, liege zwischen fünf und sechs Prozent, und sei damit mehr als doppelt so hoch wie die herkömmlich errechnete.

Eigentlich wären nun die Wirtschaftsforscher gefordert, den Graben zwischen gefühlter Wahrnehmung und der Realität zu überwinden. Leider gelingt ihnen das nicht. Sie sollten sich ein Beispiel an den Klimaforschern nehmen. Diese können nicht das Wetter vom übernächsten Donnerstag voraussagen, wohl aber exakt die meteorologischen Umstände im Jahre 2050 – und zwar auf die Kommastelle exakt.

Den Klimawandlern gelang es, eine gefühlte Apokalypse in die Politik und die Öffentlichkeit zu implantieren. Derart in ihrer Meinung gefestigt, stimmen beide klaglos höheren Steuern und Abgaben zu, dulden allerlei neue und angeblich umweltschonende Bürokratien, verfeuern kostbare Feldfrüchte im Autotank, ignorieren klimaschonende Energieformen wie die Kernkraft. Die Glühbirne in meiner Schreibtischlampe schaut mich bereits vorwurfsvoll an. Sie geriet schon aus der Fassung, als die Kanzlerin zu ihrer Demontage und zu Energiesparlampen aufrief.

Hier schlummert eine Herausforderung für die Wirtschaftspublizistik, nämlich Marktprozesse sowie die Wirkung von Interventionen transparent zu machen. Kürzlich erschreckte unsere wehleidigen Landsleute die Nachricht, dass ihre Kaufkraft seit Anfang der neunziger Jahre nicht mehr gestiegen sei. Ein statistischer Trugschluss. Die Realität sieht (laut Institut der deutschen Wirtschaft) anders aus: 1991 betrug der durchschnittliche Nettolohn rund 13784 Euro, 2006 aber 17445 Euro. Westdeutsche Familien verbesserten ihre Kaufkraft um 13,4 Prozent, ostdeutsche Arbeiterfamilien sogar um 39 Prozent. In den letzten 15 Jahren wuchs die Kaufkraft aller Deutschen erkennbar – trotz konjunktureller Widrigkeiten.

Aber subjektiv wahrgenommen haben sie das Gegenteil. Sie glaubten den Schlagzeilen und wähten sich zu kurz gekommen. Gefühl versperrt die Wahrnehmung der Realität. Auch im jetzigen Aufschwung glaubt die öffentliche Meinung – wahrheitswidrig –, die gute Konjunktur gehe an den Bürgern vorbei. Dass rund eine Million Menschen die Chance auf einen Job bekamen, wird ebenso ausgeblendet wie die Tatsache, dass

mehr als eine Million offener Stellen winken, dass der Export boomt und dass die Löhne steigen. Nicht zuletzt, dass die Staatsfinanzen langsam wieder ins Lot kommen. Leider zu langsam.

Dass Exportweltmeister Deutschland zu den Gewinnern der Globalisierung gehört, wird ebenso ausgeblendet wie unbestreitbare Reformertolge. Mitten im realen Konjunkturohoch verspüren wir ein gefühltes Wachstumstief. Das Merkwürdige an dieser Befindlichkeit ist, dass die Politik diese Reformphobie nicht bekämpft, sondern sich ihr unterwirft.

In der Debatte um eine längere Zahlung des Arbeitslosengeldes (ALG I) zeigt sich eine verwirrende Gemütslage der Politik. Die SPD zerlegt sich, die Union ist zerstritten und verdrängt ihr einstiges Motto „Sozial ist, was Arbeit schafft“. In beiden Volksparteien gilt plötzlich als sozial, wer möglichst viel Staatsknete an möglichst viele Menschen ausschüttet. Das Gezerre um Stempelgeld, Mindestlöhne und Sozialausschüttungen ist Indiz für den Triumph des Zeitgeistes über die ökonomische Vernunft.

Ein klarer Reformkurs ist schwer auszumachen. Man kämpft um die Lufttheorie über das Soziale, das alle gepachtet zu haben glauben. Die Formeln und Verheißungen sind austauschbar, machen die Parteien konturenlos. Sie begünstigen eine öffentliche Gefühlslage, die eine Mehrheit der Bürger glauben lässt, sie seien die Verlierer des Aufschwungs. Dass dieses Land nach wie vor eines der wohlhabendsten und sozialsten ist und international beneidet wird, wird ausgeblendet. Hier liegt der Unterscheid zwischen einer Selbsterfahrungsgruppe und einer Selbstfindungsgruppe.

Instinktiv spüren die Bürger, dass das Rückgrat ihrer maßgeblichen Politiker nicht sonderlich stabil entwickelt ist. Stellt irgendjemand eine gefühlte Gerechtigkeitslücke fest, knicken sie sofort ein, statt sich einer seriösen Debatte zu stellen. Man ergibt sich bequemerweise dem Wünschbaren und verdrängt das Finanzierbare. Von diesem Salto rückwärts ins Wohlfahrtsstaatliche erhofft man sich Wählergunst. Einem Politiker die Verteilungskette zu entwenden, ist eine Herkulesaufgabe.

Um den wirtschaftlichen Sachverstand in den beiden Volksparteien ist es nicht üppig bestellt. Beherrzte und debattenfeste Ordnungspolitiker sind rar geworden. Eigentlich ist es an der Zeit, Nachhilfestunden bei *Ludwig Erhard* zu nehmen. Die stets emsigen Sozialpolitiker erliegen dem Glauben, eine gute Sozialpolitik bestehe in der Verteilung von möglichst viel Steuergeld an immer mehr Gruppen. Zielführend ist sie dagegen, wenn sie Hilfe zur Selbsthilfe leistet und sich auf die wirklich Bedürftigen konzentriert. Die Berufs- oder Lebensperspektive darf sich nicht in Hartz IV erschöpfen. Der Staat muss seine Bürger ermuntern und drängen, ihr Schicksal in die eigenen Hände zu nehmen. Sonst kann er sich nie mehr aus seiner Schuldenfalle befreien. Das Soziale ist ein schillernder Begriff, dessen Verführung derzeit die Volksparteien erliegen – ohne dadurch wirklich sozialer zu werden.

zungen und zum Bürokratieabbau, empfahl die Anhebung der Rentengrenze, die Begrenzung des Bezugs von Arbeitslosengeld, einen beherzten Schuldenabbau und gab Anstoß für eine neue Vermögenspolitik. Zugespitzt: Unter seiner Federführung tauchte vor 25 Jahren die Reformagenda „19-82“ auf, die man später die Agenda „20-10“ nennen sollte. Zitat: „Es kann derzeit keine wichtigere Aufgabe geben, als die Arbeitslosigkeit zu be-

kämpfen, durch neues Wirtschaftswachstum wieder mehr Beschäftigung und auch eine allmähliche Lösung der öffentlichen Finanzprobleme zu ermöglichen und damit schließlich alle Bürger am wirtschaftlichen Fortschritt teilnehmen zu lassen. Wer eine solche Politik als soziale Demontage oder gar als unsozial diffamiert, verkennt, dass sie in Wirklichkeit der Gesundung und Erneuerung des wirtschaftlichen Fundaments für unser Sozialsys-



tem dient. Sozial unausgewogen wäre dagegen eine Politik, die eine weitere Zunahme der Arbeitslosigkeit und eine Finanzkrise der sozialen Sicherungssysteme zulässt, nur weil sie nicht den Mut aufbringt, die öffentlichen Finanzen nachhaltig zu ordnen und der Wirtschaft eine neue Perspektive für unternehmerischen Erfolg und damit für mehr Arbeitsplätze zu geben.“

Das Papier schließt so: „Die Konsequenz eines Festklammerns an heute nicht mehr finanzierbare Leistungen des Staates bedeutet nur die weitere Verschärfung der Wachstums- und Beschäftigungsprobleme sowie eine Eskalation in den Umverteilungsstaat, der Leistung und Eigenvorsorge zunehmend bestraft und das Anspruchsdenken weiter fördert – und an dessen Ende die Krise des politischen Systems steht.“ Bundeskanzler *Schmidt* war not amused.

„Ich bin ein Neoliberaler,“ sagt *Graf Lambsdorff* von sich. Das unterscheidet ihn von Neosozialisten, Neokommunisten, Neokolonialisten, Neolithikern und Neochristen – falls es diese geben sollte. Sein Bekenntnis erleichtert es mir, den Bogen zu unserem Stifter zu schlagen: Denn auch *Ludwig Erhard* hat dieses Präfix zum Liberalismus nie gescheut.

Der Neoliberale steht für das exakte Gegenteil dessen, was ihm heute unterstellt wird. Unter tätiger Mithilfe von Demagogen und halbgar Informierten gelang es jedoch, den Neoliberalismus zu einem Schimpfwort aufzuschäumen. Dabei stehen Liberale – die alten wie die neuen – für einen star-

ken und nicht für einen Nachwächterstaat, für Privateigentum, Markt und Wettbewerb. Sie beklagen, dass der Staat zu fett ist und nicht zu schwach. Er magert nicht ab, sondern ist adipös, er leistet zu wenig, weil er sich mit bürgerferner Bürokratie überfrachtet. Eigentlich sollte jeder Demokrat von rechts bis links stolz auf die neoliberalen Prinzipien sein. Denn sie bieten einen Ausweg aus der Schulden- und Sozialstaatsfalle, in die die Wohlfahrtsstaaten geraten sind.

Graf Lambsdorff im O-Ton: „Es waren die Neoliberalen, die dem Laisser-faire ein Ende setzten und der Marktwirtschaft einen institutionellen Rahmen geben wollten, eine Position, die dann zur Sozialen Marktwirtschaft führte.“ Die Ordnungspolitiker aller Parteien sollten sich dazu aufraffen und nicht nur lahm dagegen wehren, dass Neoliberale als Raubtierkapitalisten hingestellt werden.

Die Jury des Ludwig-Erhard-Preises ehrt mit *Graf Lambsdorff* einen Politiker und Ökonomen, der sich nicht in die Phalanx schwadronierender Zeitgeist-Polemiker einreicht, der sich nicht der angeblich politisch-korrekten Sozialverteilung unterwirft, der sich weigert, einen freiheitlichen und aufklärerischen Gesellschaftsentwurf zu einem populistischen Kampfbegriff verdrehen zu lassen, der sich letztlich zur bürgerlichen Freiheit bekennt, von der diese Bundesregierung angeblich mehr wagen will.

Auch an Sie, *Graf Lambsdorff* geht – wie an alle Preisträger – unser herzlicher Glückwunsch! ■

Die Rolle der Staatsfonds: Wider den neuen Drang zum Protektionismus

*Dr. Otto Graf Lambsdorff
Bundesminister a. D.*

„Ich gehe sogar noch weiter und meine, dass jede Art von Beteiligungskapital – gleichgültig ob aus privater oder staatlicher Quelle – willkommen sein sollte, solange das Engagement vom Streben nach einer möglichst hohen am Markt erzielbaren Rendite gelenkt ist und sich die ausländischen Financiers an deutsches Recht und Gesetz halten.“

Das beherrschende Thema der letzten Wochen in Politik und Medien ist – neben der Wiederentdeckung des Sozialen – die Diskussion um die Staatsfonds. Geld fremder Regierungen also, die in weiten Bereichen der deutschen Wirtschaft einerseits bereits zum Alltag gehören, andererseits aber Furcht und Schrecken im Volk verbreiten wie im Mittelalter die Apokalyptischen Reiter. Das Unglück, das sie bringen, heißt nicht mehr geographische Verwüstung und physisches Siechtum, sondern Unterwanderung von Schlüsselindustrien mit der Gefahr der nationalen Abhängigkeit von fremdem Staatskapital.

Der Kommentare gegen diese Plage sind viele. Allen ist jedoch gemeinsam, dass sie Stimmung machen, auf Kosten und unter Ausschaltung jeder wirtschaftlichen Vernunft. Nationales Geld erscheint gut, Geld anderer Nationen hingegen böse zu sein; verbinden sich doch anscheinend üble Zwecke mit dem Einkauf oder gar der Übernahme deutscher Unternehmen.

Sie werden schon bemerkt haben, dass ich diese Ängste nicht teile. Ich werde im Folgenden erläutern, warum das so ist. Erstens muss das so sein, wenn man sich für eine Ehrung bedankt, die den Namen *Ludwig Erhards* trägt. Und zweitens muss das so sein, wenn man die Fahne der freien Marktwirtschaft hochhält. Ich werde zeigen, warum es falsch ist, pauschal Beschränkungen für ausländische Investoren in Deutschland einzuführen. Ausländische Direktinvestitionen sind vielmehr notwendig und hochwillkommen.

Die aktuelle politische Situation

Woher kommt der neue Hang zum Protektionismus? Offenbar empfinden Politiker und Bürger ein Ohnmachtsgefühl gegenüber der Globalisierung. Wirtschaftliche Abläufe vollziehen sich auf globaler Ebene, die Politik kann nur noch reagieren, möchte aber Einfluss nehmen und den gegenüber den Bürgern auch populistisch verkaufen.

Durch die Politik gesteuerte Firmenübernahmen sind hierfür ein gutes Beispiel. Die Grundlagen der Marktwirtschaft zu opfern, wird billigend in Kauf genommen. Dabei zeigt sich immer wieder, dass staatlich verordnete Fusionen zur Ineffizienz führen. Das bedeutet höhere Kosten, die sowohl die Beschäftigten als auch je nach Sachlage die Verbraucher zahlen müssen. Doch häufig erlangen solche Folgen kaum Aufmerksamkeitswert.

Ganz anders sieht es aus, wenn das Ganze von einem ausländischen Investor ausgeht. Dann ist das Geschrei groß. Und die Politik nimmt diese Stimmungen gerne auf. Bislang hatte man es da mit Investoren aus anderen Industrieländern zu tun: Ein ehemaliger Kanzler, seinerzeit niedersächsischer Regierungschef, sah zum Beispiel die Österreicher als Bedrohung für die Salzgitter AG. Die spanische Regierung verhielt sich zeitweise so, als ob EON auf der iberischen Halbinsel das Licht ausschalten wollte.

Eine neue Qualität erhält die Debatte durch die geballte Finanzkraft russischer und chinesischer Staatskonzerne, die jetzt auf Einkaufstour im Westen gehen. Gerade diese beiden Länder sind für manche so etwas wie ökonomische Schurkenstaaten. Der Vorwurf lautet, sie betrieben durch ihre Aufkäufe Machtpolitik mit anderen Mitteln.



Den Chinesen beispielsweise wird von einigen deutschen Maschinenbauern und Automobilzulieferern vorgeworfen, hemmungslos deren Technologie zu klauen. Es gibt Befürchtungen, dass sich staatlich gesteuerte Fonds westliche Unternehmen einverleiben, alles Wissenswerte herausziehen und die wertlosen Hüllen anschließend abstoßen. Oder aber Wissen einkaufen, um es bei einer marktbeherrschenden Stellung zu missbrauchen. Möglich ist das. Wahrscheinlich aber nicht.

Faktum ist: Bislang ist kein deutsches Unternehmen von einem Staatsfonds aus China oder Russland angegriffen worden. Die deutsche Regierung will dennoch gewappnet sein. Das Problem ist hierbei: Wie will der Staat entscheiden, welche Unternehmen für das Wohl des Landes so bedeutsam sind, dass ausländische Staatskonzerne sie nicht übernehmen dürfen? Welche Kriterien leisten das? Wer sind erwünschte, wer unerwünschte Investoren? Gibt es tatsächlich gutes und böses Geld?

Bevor ideologische Wellen überschwappen und die argumentative Vernunft begraben, möchte ich den Staatsfonds erst einmal definieren. Welche Zwecke verfolgt er? Welche Länder haben Staatsfonds? Und schließlich: Um welche Summen und damit staatliche Marktmacht geht es eigentlich?

Der Staatsfonds und seine Aufgaben

Ein Staatsfonds soll eine nationale Infrastruktur gewährleisten, Daseinsvorsorge betreiben oder auch ein dauerhaftes Einkommen für die Bürger sichern (Pensionsfonds). Ein Staatsfonds kann auch strategische Investitionen tätigen, zum Beispiel in Rohstoffvorkommen, in zukunftssträchtige Industriezweige und Technologien fremder Staaten.

Ich weiß nicht, ob der Prototyp des Staatsfonds allgemein bekannt ist: Es ist die heutige British Petroleum – damals Anglo Persian Oil Company –, die gegründet wurde, um durch Erschließung und Ausbeutung der Erdölvorkommen Persiens die Ölversorgung für die britische Flotte zu sichern. Großbritannien übernahm 1914 auf Drängen *Winston Churchills* zu 51 Prozent die Anteile der Firma, die damit praktisch von der Admiralität kontrolliert wurde. Mit den Einnahmen des Investments wurde unter anderem der britische Nachrichtendienst Secret Intelligence Service fi-

nanziert (ob das heute noch der Fall ist, entzieht sich meiner Kenntnis).

Zweck ist also immer, mit einer klar definierten Vermögensmasse eine bestimmte Aufgabe im Dienste und zum Wohle des jeweiligen Staates zu erfüllen. Die weltweit verwaltete Summe beträgt Schätzungen zufolge zwischen 1,9 und 2,9 Billionen US-Dollar. Ökonomen von Morgan Stanley schätzen, die Staatsholdings weltweit könnten 2015 bereits über ein Volumen von 12 Billionen Dollar verfügen. Das entspricht in etwa der Größe der amerikanischen Volkswirtschaft im Jahre 2005.

Aber die Billionensummen täuschen darüber hinweg, dass die Devisenreserven der Schwellenländer nach wie vor – auch angesichts der Erfahrungen während der Asienkrise 1997/98 – überwiegend der Absicherung gegen Währungsrisiken dienen. Die Schwellenländer werden nur einen kleinen Teil für Staatsfonds abzweigen. Morgan Stanley kommt bei einer vorsichtigen Schätzung auf 350 bis 750 Milliarden US-Dollar, die für neue Staatsfonds aus den Schwellenländern mit Zahlungsbilanzüberschüssen (einschließlich Russland) demnächst zur Verfügung stehen könnten. Bezogen auf das Bruttoinlandsprodukt der G7-Staaten, des für diese Staatsfonds wichtigsten Anlageraums, sind dies aber nur zwischen 1,2 und 1,6 Prozent.

Nimmt man an, dass die Mittel aus diesen Staatsfonds nach Deutschland proportional zum deutschen Anteil am G7-Bruttoinlandsprodukt (8,9 Prozent) fließen, so wäre insgesamt von einem Volumen auszugehen, das bezogen auf den gegenwärtigen Bestand der ausländischen Direktinvestitionen in Deutschland in einer Spannbreite von sechs bis zwölf Prozent läge.

Es handelt sich also um eine durchaus nennenswerte, aber keinesfalls gewaltige Größenordnung. Die Sorgen und Ängste jenseits der Fakten erinnern an die hitzige Diskussion über die Hedgefonds. Während die „Heuschrecken“ aber bisher ohne besondere staatliche Genehmigung einsteigen können, wird für Staatsfonds eine besondere Genehmigung gefordert. Das wird unter anderem damit begründet, dass ihr Engagement nicht den Gesetzen des Kapitalmarktes unterliege. Sie müssen bei ihren Geldgebern nicht ihre Anlageentscheidungen rechtfertigen. So können sie höhere Preise für Unternehmen bieten und Konkurren-

ten ausstechen – ein Phänomen, das die Intervention der Regierung rechtfertige. Ob das stimmt oder nicht – unsere Industrie sieht das mehrheitlich wohl anders. Und das hat historische Gründe.

Daimler etwa hat beste Erfahrungen mit einem ausländischen Investor gemacht, nämlich mit Kuwait, das seit 1974 am Unternehmen beteiligt ist. Ebenso Thyssen Krupp, damals noch als eigenständige Krupp AG, mit dem Iran. Beide Länder agieren als langfristig orientierte Anleger, die sich nicht ins Tagesgeschäft einmischen. Was will ein Vorstand mehr? Auch Chefs anderer Konzerne sind an langfristig orientierten Investoren interessiert. Gemeinsam mit ihnen können sie der Gefahr des Einstiegs eines Hedgefonds oder der feindlichen Übernahme durch einen inländischen oder ausländischen Wettbewerber planvoll entgegenwirken. Viele deutsche Konzerne, unter anderem die Daimler AG, Siemens, SAP, Luft Hansa, haben Ende vergangenen Jahres in Dubai für sich geworben – und damit für ein Engagement der staatlichen Investmentgesellschaft des Emirats bei ihren Unternehmen.

Das wäre wohl kaum der Fall bei realistischen und nicht nur gefühlten Gefahrenszenarien für diese Firmen. Im Gegenteil: Hier zeigt sich eine wohlthuende Offenheit zum Zwecke eines funktionierenden und prosperierenden Marktes. Und – es muss einmal gesagt werden –: An einer generellen Verteufelung Russlands und Chinas hat die deutsche Wirtschaft ebenso wenig ein Interesse. Beide Länder sind wichtige Exportmärkte und überdies attraktive Standorte für Investitionen. Und das häufig schon seit Jahren oder Jahrzehnten, wie etwa das Beispiel des Engagements von VW in China oder der BASF in Russland zeigen.

Obwohl Industrie und Außenhandel zu Recht vor einer Strategie der Abschottung warnen, will die Koalitionsspitze offenbar einen großen Abwehrplan zum Schutz der deutschen Wirtschaft entwickeln. Das Hauptargument hierbei ist, dass viele westliche Länder bereits ein schlagkräftiges Instrumentarium für den Ernstfall hätten. Nun ist das kein besonders überzeugendes Argument: Ich muss meine Wohnung nicht neu streichen, weil mein Nachbar es tut. Reziprozität hat in offenen Märkten nichts zu suchen.

Die Regelungen anderer Länder

Die Überwachung zur Wahrung der nationalen Sicherheit hat in den USA Tradition. Während des Ersten Weltkriegs und danach verabschiedete der Kongress aus dieser Sorge heraus Gesetze, die ausländische Beteiligungen bei zivilen Fluggesellschaften, in der Schifffahrt und bei Radiosendern einschränkten oder ganz untersagten. Eine eigene Behörde, das Komitee für ausländische Direktinvestitionen in den Vereinigten Staaten, wurde 1975 geschaffen mit dem Auftrag, die wirtschaftlichen Folgen ausländischer Direktinvestitionen in den Vereinigten Staaten zu beobachten. Seit 1993 muss das Komitee zwingend alle Transaktionen prüfen, bei denen das ausländische Unternehmen in Staatsbesitz ist oder staatlich kontrolliert wird.

Der Wohlstand der führenden Volkswirtschaft beruht auf Freihandel und offenen Märkten. Mit einem Loch in der Handelsbilanz von mehreren Hundert Milliarden Dollar pro Jahr sind die USA auf ausländische Finanzzuflüsse und Direktinvestitionen angewiesen. Insgesamt haben ausländische Unternehmen im vergangenen Jahr 175 Milliarden Dollar in den USA investiert. Nicht zuletzt deshalb ist das US-Finanzministerium bemüht, dem Eindruck entgegenzuwirken, Amerika sei ausländischen Investoren nicht wohl gesonnen: Nur zehn Prozent der ausländischen Direktinvestitionen wurden durch das Komitee geprüft, und die Mehrheit aller Anfragen ist innerhalb von 30 Tagen bewilligt worden.

Aber in den letzten Jahren scheiterten einige Übernahmen am Widerstand des US-Kongresses. Dubai Ports World wollte das Hafengeschäft an mehreren amerikanischen Häfen von einem britischen Unternehmen erwerben. Sicherheitsbedenken stoppten die Übernahme. Mit sicherheitspolitischen Bedenken werden viele protektionistische Wirtschaftsmaßnahmen seit dem 11. September 2001 begründet.

Auch Frankreich kann Unternehmen aus insgesamt elf strategisch wichtigen Branchen gegen eine Übernahme durch ausländische Käufer schützen, so Firmen der Rüstungsindustrie, der Kernenergie und des IT-Bereichs. Spielkasinos gehören hierzu, sie spielen angeblich eine große Rolle bei der Bekämpfung der Geldwäsche. Dieser neue „Wirtschaftspatriotismus“ (*Dominique de Villepin*) will nationale Champions schaffen, zum

Ludwig-Erhard-Preis für Wirtschaftspublizistik Ausschreibung 2008



Die **Ludwig-Erhard-Stiftung** vergibt alljährlich einen von Ludwig Erhard gestifteten Preis für Wirtschaftspublizistik. Neben dieser Auszeichnung wird ein Förderpreis verliehen.

Dieser Förderpreis wird hiermit öffentlich ausgeschrieben. Er ist für Journalisten, Wissenschaftler und Angehörige anderer Berufe bestimmt, die jünger als 35 Jahre sind. Über die Preisvergabe entscheidet eine unabhängige Jury; das Preisgeld beträgt 5 000,- €.

Die Jury berücksichtigt Presseartikel, Arbeiten der wissenschaftlichen Publizistik sowie Hörfunk- und Fernsehbeiträge, die zwischen dem 1. Januar und dem 31. Dezember 2007 im In- oder Ausland verbreitet wurden und in enger Beziehung zur Sozialen Marktwirtschaft stehen. Bewerbungen oder Vorschläge Dritter müssen der Stiftung zusammen mit einem kurzen Lebenslauf bis zum 1. Februar 2008 zugehen.

Der Vorstand der Ludwig-Erhard-Stiftung e.V.

Hans D. Barbier

Otmar Franz • Michael Fuchs • Martin Grüner

Thomas Hertz • Christian Watrin

Einsendeschluss: 1. Februar 2008
Beiträge und Vorschläge bitte an:

Ludwig-Erhard-Stiftung
Johanniterstraße 8
53113 Bonn

Telefon 02 28/5 39 88-0
Telefax 02 28/5 39 88-49
info@ludwig-erhard-stiftung.de

Beispiel mit der Fusion von Gaz de France und Suez. Als im Sommer 2005 das Gerücht kursierte, Pepsico wolle den Lebensmittelhersteller Danone übernehmen, stellte sich die französische Regierung schützend vor den heimischen Konzern. Dabei zählt die Ernährungsindustrie nicht unbedingt zu den sensiblen Branchen wie die Rüstungsindustrie. Aber in der französischen Politik spielen Symbole eine entscheidende Rolle – Danone ist ein solches. Joghurt mit Pepsi-Geschmack wäre wohlmöglich das Ende der Grande Nation gewesen. *Nicolas Sarkozy* setzte schon als Wirtschafts- und Finanzminister 2004 alle Hebel in Bewegung, um eine Übernahme des französischen Transport- und Energiegiganten Alstom durch Siemens zu verhindern.

Einen anderen Ansatz hat Großbritannien: Selbst nationale Ikonen wie die Fußballklubs Manchester United, Chelsea oder Manchester City sind längst in russischer, amerikanischer oder asiatischer Hand. Rolls-Royce gehört zu BMW, Bentley zu VW. Briten entscheiden sich meist für den Wettbewerb und gegen die Industriepolitik. Der britische Premierminister *Gordon Brown* hat diese Haltung bestätigt und verkündet, dass man auch gegen chinesische Investoren nichts unternehmen werde. Und bei den Energieversorgern sind ausgerechnet die Franzosen stark im britischen Markt vertreten. Was *Margaret Thatcher* als Regierungschefin begann, setzten alle Nachfolger von *John Major* über *Tony Blair* bis *Gordon Brown* fort: Privatisierung und Verkauf an den Meistbietenden. Spanien hingegen zieht alle Register staatlicher Einflussnahme. Die Regierung wehrt unliebsame Übernahmeversuche sogar in Konfrontation mit den EU-Regeln ab.

In der Volksrepublik China sind Übernahmen chinesischer Unternehmen durch ausländische Investoren grundsätzlich erlaubt, allerdings sind sie vom Handelsministerium zu genehmigen. Ein „Foreign Industrial Guidance Catalogue“ teilt den Zugang zum Industriesektor in unterschiedliche Kategorien von „verboten“ bis „gefördert“ ein. Durch eine Fülle sich oft ändernder Einzelregelungen bleibt der chinesische Markt aber ein schwer durchdringbares Dickicht für ausländische Investoren. In Russland herrscht bei strategischen Industrien, zum Beispiel Energie, oft Willkür, die manchmal nachträglich durch Gesetze legalisiert wird. Von einem liberalen Investitionsklima kann man hier sicher nicht sprechen.

Staatsfonds in Deutschland: Keine Einbahnstraße

Wie ist nun die Lage in unserem Land? Deutschland gehört seit Langem zu den wichtigsten Zielländern für Investitionen aus dem Ausland und zu den größten Herkunftsländern von Investitionen in anderen Ländern. Als Empfänger von Direktinvestitionen stand Deutschland 1997 bis 2006 unter den OECD-Ländern – abgesehen vom Sonderfall Belgien/Luxemburg – insgesamt an vierter Stelle nach den USA, Großbritannien und Frankreich. Als Direktinvestor im Ausland stand Deutschland zugleich an fünfter Stelle.

Nach Bundesbankdaten gab es in Deutschland im Jahr 2005 mehr als 9000 größere Unternehmen, die zu einem wesentlichen Teil ausländischen Eigentümern zuzurechnen waren. In diesen Unternehmen sind über zwei Millionen Arbeitnehmer an deutschen Standorten beschäftigt. Die Zahl der Beschäftigten in Unternehmen mit wesentlicher ausländischer Beteiligung hat sich zudem in den letzten 15 Jahren kontinuierlich erhöht. Fast 6,5 Prozent der abhängig Beschäftigten arbeiten in Deutschland inzwischen in solchen Unternehmen. Damit leisten ausländische Investoren einen spürbaren Beitrag zur inländischen Beschäftigung.

Diese Zahlen zeigen, dass die deutsche Wirtschaft nicht nur in hohem Maße am internationalen Handel partizipiert, sondern auch an den grenzüberschreitenden Direktinvestitionen und dem damit verbundenen unternehmerischen Engagement vor Ort. Umgekehrt gehören Unternehmensbeteiligungen in einer Vielzahl anderer Länder zum Erscheinungsbild vieler erfolgreicher deutscher Unternehmen.

Nicht nur Ökonomen irritiert zu Recht, dass in der politischen Diskussion Ängste vor ausländischem Staatskapitalismus geschürt werden, obwohl allen Akteuren bewusst ist, dass hiesige Unternehmen mit Staatsbeteiligung weltweit Zukäufe tätigen. Firmen reüssieren im Ausland mit dem Kauf von strategischen Anteilen an Firmen in Schlüsselbranchen, wie die Beispiele Telekom, DHL/Deutsche Post AG und Deutsche Bahn AG zeigen.



Sinnvolle Regelungen im Dienste des freien Marktes

Der freie internationale Kapitalverkehr ist das Spiegelbild des freien internationalen Warenverkehrs, von dem gerade Deutschland als Exportweltmeister stark profitiert. Wer diesen Kapitalverkehr ohne Not beschränkt, wird auch den Warenverkehr beeinträchtigen und damit unseren wirtschaftlichen Wohlstand schmälern. Eine entscheidende Kategorie hierbei ist für mich der Wissensbegriff, auf dem die Wirtschaftskraft unseres Landes basiert. Wir sind darauf angewiesen, unseren Platz in den internationalen Wertschöpfungsketten weiter auszubauen, und wir müssen zugleich in das Netzwerk von Wissen eingebunden bleiben, das vor allem durch multinationale Unternehmen gebildet wird.

Ein hoher Anteil des weltweiten Forschungs- und Entwicklungsaufwands und des Wissenstransfers findet innerhalb dieser Unternehmen statt. Die Risiken dieses Wissenstransfers können nicht über die Kontrolle von Beteiligungen ausländischer Staatsfonds angegangen werden, sondern sind Sache der Handelspolitik.

Ich möchte betonen, dass es für die wirtschaftliche Entwicklung in Deutschland zunächst unerheblich ist, ob die Anteilseigner der hier tätigen Unternehmen aus dem Inland oder aus dem Ausland kommen. Ich gehe sogar noch weiter und meine, dass jede Art von Beteiligungskapital – gleichgültig ob aus privater oder staatlicher Quelle – willkommen sein sollte, solange das Engagement vom Streben nach einer möglichst hohen am Markt erzielbaren Rendite gelenkt ist und sich die ausländischen Financiers an deutsches Recht und Gesetz halten.

Zugleich bin ich dafür, auf allen Ebenen Hemmnisse abzubauen, die Investitionen deutscher Unternehmen in anderen Ländern behindern. Es wäre in meinen Augen falsch und schädlich für die deutsche Wirtschaft, sich an investitionspolitischen Regeln und Praktiken, wie sie in manchen Schwellenländern herrschen, bei der Ausgestaltung der deutschen und der EU-Politik im Hinblick auf ausländische Direkt- und Portfolioinvestitionen zu orientieren.

Auch die Orientierung an Restriktionen westlicher Länder, wie ich sie bereits dargelegt habe,

lehne ich ab. Wir können nur glaubwürdig Offenheit von anderen fordern, wenn unsere Kapitalmärkte offen bleiben. Bei zusätzlichen Maßnahmen zur Beschränkung ausländischer Direktinvestitionen in Deutschland kann es zudem leicht zu Gegenreaktionen anderer Länder kommen. Darunter würde gerade die deutsche Wirtschaft leiden, die deutlich mehr Direktinvestitionen im Ausland getätigt hat als umgekehrt. Durch die Globalisierung sind in einigen Ländern große staatliche Vermögen entstanden, die nach einer Anlage suchen und sich dabei nicht mehr nur auf festverzinsliche Wertpapiere beschränken. Wir müssen uns als eine der führenden Volkswirtschaften der Welt auf zunehmende Investitionen solcher ausländischer Staatsfonds einstellen.

Es ist nicht von der Hand zu weisen, dass solche Investoren auch politische Ziele verfolgen können, zumal wenn sie aus Ländern kommen, in denen demokratische und marktwirtschaftliche Traditionen nicht oder nur schwach verankert sind, wie zum Beispiel in Russland und in China. Was hier hilft, ist nicht die Restriktion, sondern die Konkurrenz auf dem freien Markt. Wenn in einer Branche intensiver Wettbewerb herrscht, wird es schwierig sein, politische Ziele durchzusetzen, weil die Kunden jederzeit zur Konkurrenz abwandern können. Politische Ziele lassen sich dort einfacher durchsetzen, wo es monopolähnliche Strukturen gibt und die Nachfrage kaum auf Preisänderungen reagieren kann. Wettbewerb und offene Märkte sind deshalb eine erste Hürde gegen politischen Einfluss. Konkurrenz hält die Macht der Anbieter in Schach.

Aber ganz ohne Regelung geht es nicht, denn politisch motivierte Unternehmensbeteiligungen können unabhängig von Marktmacht zu Gefährdungslagen führen, zum Beispiel dann, wenn nationale Sicherheitsinteressen berührt werden. Deshalb wurde bereits in das Außenwirtschaftsrecht eine Regelung aufgenommen, die den Erwerb deutscher Rüstungsunternehmen einer Melde- und Genehmigungspflicht unterwirft. Ein Beispiel ist der Luftfahrtkonzern EADS: *Wladimir Putin* möchte den Anteil von fünf Prozent, den eine russische Staatsbank hält, gerne erhöhen – Bundeskanzlerin *Merkel* wies den Vorstoß zurück. Die Erfahrungen der jüngeren Zeit zeigen jedoch, dass nationale Sicherheitsinteressen auch im Bereich der Infrastruktur betroffen sein können, zum Beispiel bei der Energieversorgung.

Sollen wir jetzt nach französischem Vorbild sensible Sektoren gesetzlich definieren? Bundeswirtschaftsminister *Michael Glos* hatte zunächst eine Meldepflicht für Firmen bestimmter Branchen mit mehr als 500 Millionen Euro Jahresumsatz und ausländischen Beteiligungen von mehr als 25 Prozent ins Gespräch gebracht. Ich bin erleichtert, dass er diesen Vorschlag in letzter Zeit nicht mehr wiederholt hat.

Nationale Sicherheitsinteressen lassen sich nicht auf bestimmte Sektoren begrenzen, die Bedeutung einzelner Industrien für die nationale Sicherheit kann sich im Zeitablauf ändern. Ebenso wenig halte ich davon, mit dem Finger auf bestimmte Länder zu zeigen. Wir sollten uns davor hüten, eine „Achse böser Investoren“ unter Generalverdacht zu stellen. Es kann nur um Einzelfälle gehen, für die die Politik Sicherungsmaßnahmen beziehungsweise Eingriffsmöglichkeiten vorhalten muss. Mir wären Regelungen am liebsten, die aufgrund ihrer Signalwirkung bereits die Chance in sich tragen, nie tatsächlich angewendet werden zu müssen. In jedem Fall sollten die Hürden hoch gesetzt sein, um protektionistisch motivierte Staatsinterventionen zu verhindern.

Ich weiß aus meiner Zeit als Wirtschaftsminister: Tatsächlich haben auch bisher schon staatliche Investoren bei einem größeren Engagement das Einvernehmen mit der Regierung des Gastlandes gesucht und nur investiert, wenn dieses hergestellt war – auch ohne besonderes Gesetz und ohne formale Einzelprüfung. Es wäre gut, wenn wir auf EU-Ebene eine Plattform für einen neuen gemeinsamen Ansatz schaffen könnten. Ich begrüße deshalb, dass sich auch die Europäische Kommission der Thematik annehmen und hierzu Vorschläge unterbreiten will.

Im nationalen Rahmen wäre aus meiner Sicht die bestehende Regelung zum Erwerb deutscher Rüstungsunternehmen ein geeigneter Ausgangspunkt. Flankierend hierzu könnte man unter dem Dach der OECD „best practices“ für ausländische Staatsfonds festlegen, deren Einhaltung automatisch dazu führt, dass ein solcher Investor keinem Prüfvorbehalt unterliegt. Der etablierte Staatsfonds Norwegens (Government Pension Fund – Global) mit seinen umfassenden Transparenzregeln könnte hier als ein geeigneter Referenzpunkt dienen. Auch der IWF könnte mit seiner Expertise und seinen Datenbanken helfen, mehr Transpa-

renz im Hinblick auf das Volumen und die Anlagepolitik von Staatsfonds zu schaffen.

Schließlich ist es gerade in diesem Zusammenhang zu begrüßen, dass die G8 in Heiligendamm zusammen mit Brasilien, Indien, Mexiko, Südafrika und China entschieden haben, auf der Plattform der OECD über Fragen der Förderung von besseren Bedingungen für Auslandsinvestitionen nachzudenken und über gemeinsame Grundprinzipien für Investitionen zu sprechen.

Gleichzeitig sollte der Dialog über Staatsfonds und „best practice“-Regeln über die G7-/G8-Runde hinaus mit allen großen Investoren geführt werden. Länder wie China, Korea, Kuwait, Norwegen, Russland, Saudi-Arabien, Singapur und die Vereinigten Arabischen Emirate sind als ständige Gesprächspartner einzubinden. Es geht darum, Transparenzregeln, Rechtssicherheit und Offenheit im ständigen Austausch als Maßstab für die Investitionspolitik in Industrie- und Schwellenländern zu stärken. Mittel nationaler Politik sollten Kontrollmöglichkeiten in besonders gelagerten Einzelfällen sein. Aber Deutschland muss dabei ein offenes Land bleiben.

Zum Schluss sei mir noch einmal ein Hinweis auf *Ludwig Erhard* erlaubt, an den man gerade bei diesem Thema gar nicht oft genug erinnern kann. Zentrale Gleichung seiner Politik war, dass das Maß der wirtschaftlichen und bürgerlichen Freiheit untrennbar verknüpft ist mit dem Maß an wirtschaftlichem Wohlstand, der immer auch die jetzt wieder diskutierte soziale Komponente einschloss. Dem ist nur durch entschlossenes Festhalten am freien und offenen Markt zu begegnen.

Selbstverständlich gibt es nationale Interessen in Zeiten des globalen Marktes. Die kann und soll eine Regierung wahren, wenn es sein muss, auch durch neue Regelwerke. Die Verwirklichung der *Erhard'schen* Forderung des „Wohlstands für alle“ ist aber mit Abschottung nicht umzusetzen. Das war die Lehre *Erhards* und anderer aus der Weltwirtschaftskrise. Und das gilt auch heute noch. Die Welt braucht die Stimmen, die sich für Offenheit, Austausch, Freiheit und Wettbewerb einsetzen, immer wieder. Die Ängste vor dem Verlust der nationalen Selbstbestimmung in der Politik gebären Ungeheuer. Und die Herrschaft der Ängste ist der Abgesang auf vernünftiges politisches Handeln. ■



Wie viel Wahrheit, wie viel Dichtung braucht die Wirtschaftspolitik?

Dr. Ursula Weidenfeld
Stellvertretende Chefredakteurin, *Der Tagesspiegel*

„Wer aber fragt, wie eine Reform erfolgreich umgesetzt und in der Bevölkerung akzeptiert werden kann, braucht eine Menge Mut und Stehvermögen. Er darf sich nicht allzu sehr wegen der nächsten Wahl ängstigen – und er muss akzeptieren, dass Wähler sehr gut damit leben können, wenn ihr Verhalten in der Gegenwart ihren Erwartungen für die Zukunft eklatant widerspricht. Das ist nicht angenehm für jemanden, dessen Zeithorizont sich in aller Regel auf ziemlich genau vier Jahre erstreckt.“

„Denn der Mensch, der zur schwankenden Zeit auch schwankend gesinnt ist, der vermehret das Übel und breitet es weiter und weiter; aber wer fest auf dem Sinne beharrt, der bildet die Welt sich.“ – Das ist zwar ein Zitat von *Goethe*, aber nicht aus „Dichtung und Wahrheit“, sondern aus „Hermann und Dorothea“. Und das ist nicht nur ein Zitat, sondern das Zitat eines Zitats: Dies waren auch die letzten Worte der ersten Regierungserklärung von Bundeskanzler *Ludwig Erhard* am 18. Oktober 1963.

Im Augenblick wäre die Antwort auf die Frage im Titel meines Vortrags sonnenklar: Die Wirtschaftspolitik braucht mehr Wahrheit. Sie leidet elementar darunter, dass unter der Flagge der Gerechtigkeit Fehler gemacht werden. Fehler, die einmal und endlich durchgesetzte Reformen korrumpieren, die das wenige Erreichte fundamental infrage stellen.

Der Vorschlag des SPD-Vorsitzenden *Kurt Beck*, das Arbeitslosengeld für Ältere zu verlängern, zeigt, dass die wenigen echten Einsichten, die man in der Arbeitsmarktpolitik gewonnen hat, keine Rolle spielen, wenn es hart auf hart kommt. Wahrheit? Kaum. Klarheit? Woher denn? Aus schierer Parteitaktik sind die beiden Volksparteien entschlossen, jene Irrwege zu gehen, die das Sozialsystem der Bundesrepublik schon einmal fast an den Rand des Ruins geführt haben.

Und doch weist die Diskussion um das Arbeitslosengeld auf ein tiefer gehendes Problem in der Debatte um die dringend benötigten Reformen in Deutschland hin. Mehr als 85 Prozent der Bevölkerung, so zeigen Umfragen, halten *Becks* Vor-

schlag für richtig, und bei den übrigen Reformbestandteilen der Agenda 2010 liegen die Verhältnisse kaum besser. Obwohl die Konjunktur derzeit bestens läuft und auf dem Arbeitsmarkt geradezu spektakuläre Erfolge zu vermelden sind, ist es Politikern wie Experten bis heute nicht gelungen, die Bundesbürger von der Notwendigkeit der Reformen zu überzeugen. Im Gegenteil: Je häufiger die Politik in den vergangenen Jahren den Mut zu Veränderungen fand, desto stärker schwand das Vertrauen der Bundesbürger in die Soziale Marktwirtschaft.

Im Folgenden will ich versuchen, das seltsame Verhalten in Deutschland, wenn es um Veränderung, Wandel und Fortschritt geht, zu erklären: Es ist die Frage, ob Menschen im Licht der Informationen, die sie haben oder wahrnehmen, tatsächlich ausschließlich rational entscheiden. Und es ist die Frage, welche Schlüsse die Wirtschaftspolitik daraus ziehen sollte.

Wer in Rechnung stellt, dass auch in der wirtschafts- und sozialpolitischen Realität Rationalität nicht immer die dominierende Rolle spielt, um es vorsichtig auszudrücken, muss selbst psychologische, verhaltenstheoretische und neurologische Faktoren in Betracht ziehen, um adäquat und überzeugend zu handeln. Das heißt: Vollständige Transparenz kann, muss aber nicht geboten sein. Anders ausgedrückt: Klarheit und Wahrheit bleiben wichtig, aber ein wenig Dichtung kann der Wirtschaftspolitik nicht schaden.

Ludwig Erhard selbst hat zu möglichen Kritikern einer solchen Haltung gesagt: „Das wirtschaftliche

Geschehen läuft nicht nach mechanischen Gesetzen ab. Die Wirtschaft hat nicht ein Eigenleben im Sinne eines seelenlosen Automatismus, sondern sie wird von Menschen getragen und von Menschen geformt. (...) Man soll daher die Methode psychologischer Einwirkungen nicht gering schätzen.“

Verhaltensökonomische Überlegungen

Ich werde die Diskussion über Verhaltensökonomik am Beispiel der aktuellen Politikfelder kurz skizzieren. In meiner Analyse komme ich zu dem Schluss, dass hier vollständige Transparenz nicht immer und nicht zu jedem Zeitpunkt wünschenswert ist. Im Gegenteil: Wer akzeptiert, dass die Marktteilnehmer nicht immer rational handeln oder handeln wollen, muss sich darauf einstellen.

Wer zur Kenntnis nimmt, dass die Marktteilnehmer nicht einmal immer die Chance wahrnehmen, die Informationen in die Entscheidungsfindung oder Meinungsbildung einfließen zu lassen, die ihnen zur Verfügung stehen, wird anders agieren als der, der annimmt, dass jeder tatsächlich an der vollständigen Information als Grundlage für sein Handeln interessiert ist. Wer sich dazu noch der Tatsache bewusst ist, dass heute immer weniger Menschen überzeugt zur Sozialen Marktwirtschaft als Ganzes stehen und aus dieser Grundhaltung heraus Veränderungen mittragen, wird ein größeres Augenmerk darauf richten müssen, für einzelne Maßnahmen Zustimmung zu erhalten.

Die Verhaltensökonomik relativiert eine der Kernannahmen der traditionellen ökonomischen Theorie. Von *Adam Smith* bis *Milton Friedman* unterstellte die Wirtschaftswissenschaft, dass sich die Menschen strikt rational verhalten. Bei jeder Entscheidung wägen sie kühl kalkulierend Kosten und Nutzen ab und versuchen, mit geringstem Aufwand den größtmöglichen Ertrag zu erzielen. Die Vernunft regiert den Menschen, so lautete das Paradigma vom *Homo oeconomicus*, und bestimmt sein Handeln als Konsument, Produzent, Sparer und Staatsbürger.

Die Erkenntnis, dass diese Annahme das menschliche Verhalten bestenfalls näherungsweise abbildet, bauten die Ökonomen erst gegen Mitte des vorigen Jahrhunderts systematisch in ihre Modelle ein. Aus der experimentellen Psychologie lernten sie, dass menschliches Verhalten keineswegs nur

von der Vernunft geleitet wird, sondern auch von Gefühlen, Erfahrungen und Einstellungen. Werden die Menschen in kontrollierten Tests vor wirtschaftliche Entscheidungen gestellt, verhalten sie sich oft ganz anders, als es den Vorhersagen der traditionellen ökonomischen Theorie entspricht. Sie handeln aus Gewohnheit, bevorzugen gegen alle Vernunft die schnelle Befriedigung von Bedürfnissen oder verhalten sich altruistisch.

Auch Fairness spielt eine große Rolle, wie etwa das sogenannte Ultimatum-Spiel bewies. Testperson A wird beauftragt, einen Betrag von 10 Euro so mit Testperson B zu teilen, dass B dem Deal zustimmt. Lehnt B ab, gehen beide leer aus. Würden A und B streng rational handeln, bräuchte A von seinem Geld nicht mehr zu opfern als einen Cent. Ein Cent nämlich ist besser als nichts, und so wäre es hochgradig vernünftig, wenn B dem Angebot zustimmen würde.

Doch zum Erstaunen der Forscher einigten sich die Testpersonen nicht auf das Vernünftige, sondern darauf, das Geld annähernd gleich untereinander aufzuteilen. Anders ausgedrückt: Mit einem Cent abgespeist zu werden, empfanden die meisten Menschen als dermaßen unfair, dass sie eine entsprechende Offerte lieber dankend ablehnten.

Scheinbar irrationale Entscheidungen

Genauso irrational erscheint ein weiteres Verhaltensphänomen, das die Nobelpreisträger *Daniel Kahneman* und *Amos Tversky* entdeckten. Sie fanden heraus, dass Menschen lieber Verluste vermeiden, als Gewinne erzielen zu wollen. Wer 100 Euro einbüßt, so ergab ihr Experiment, empfindet den Verlust doppelt so stark wie derjenige, der einen Gewinn von 100 Euro nicht erzielt. Obwohl es ökonomisch auf das Gleiche hinausläuft, haben die beiden Ereignisse für die Menschen also eine höchst unterschiedliche Bedeutung.

Das Ergebnis hat erhebliche Konsequenzen, vor allem für die Theorie von Finanzmärkten. Es erklärt, warum Anleger oft viel zu lange an verlustbringenden Papieren festhalten und warum sie umgekehrt Gewinne oft viel zu schnell mitnehmen. Sie bewerten die ökonomisch gleichwertigen



V. l.: Dr. Hans D. Barbier, Dr. Ursula Weidenfeld, Dr. Otto Graf Lambsdorff

Ereignisse höchst unterschiedlich – und verpassen dabei oft erhebliche Gewinnchancen.

Die Folgen sind beträchtlich, nicht zuletzt für die Notenbanken. Die klassische Ökonomie verlangt möglichst vollständige Transparenz der Marktvorgänge, weil sie die Marktteilnehmer vor irrationalem Verhalten bewahre. Mangelnde Transparenz führe dagegen zu unerwünschten Übertreibungen. Die Notenbanken werden beispielsweise gedrängt, ihre Strategien im Vorfeld komplett offen zu legen und auch über das Abstimmungsverhalten in den Gremiensitzungen Auskunft zu geben. Das verhindere, dass die Akteure an den Finanzmärkten überrascht werden und möglicherweise irrational reagieren.

Spätestens aber, seitdem die britische Notenbank in diesem Sommer offenbarte, dass ihr Chef überstimmt worden war, wird auch dieser Sachverhalt wieder neu bewertet. Ein Notenbankchef, der im Licht der Öffentlichkeit eine Abstimmung verliert,

ist ein anderer als einer, der in einer Debatte mit Fachkollegen den Kürzeren gezogen hat. Auch die Konsequenzen sind andere: Notenbankchefs, die einen solchen Autoritätsverlust erlitten haben, haben zwei Probleme. Erstens: Die Finanzmärkte reagieren auf die Niederlage, und zwar überrascht. Zweitens: Wird der Notenbankchef bei weiteren offenen Abstimmungen auch künftig so votieren, wie er es für richtig hält? Oder wird er, um sein Amt nicht zu beschädigen, nicht eher geneigt sein, im Zweifel gegen seine Überzeugung mit der Mehrheit zu stimmen?

Die Erfahrungen dieses Zyklus, in dem zum ersten Mal komplett computergesteuerte Anlageprogramme gefahren wurden, lehren ein Übriges: Die Computer, die ihre Entscheidungen rein rational trafen, waren zwar besser als der Mensch. Trotz dieses Wissens aber verzichteten die Menschen nicht darauf, bei Anlageentscheidungen selbst und auch gefühlsgesteuert zu handeln. Deshalb lautet die Doktrin der Notenbanker heutzutage nicht mehr,

den Anlegern mit einer regelgebundenen Politik möglichst vollkommene Klarheit über ihre künftigen Verhaltensweisen zu geben, sondern umgekehrt, die Marktpsychologie mit teilweise vieldeutigen Andeutungen und Prognosen zu steuern.

Wenn es aber schon da, wo man eigentlich annehmen sollte, dass die reine Ratio herrscht, irrational zugeht, wie soll es erst in der Wirtschafts- und Sozialpolitik zugehen? Auch hier ist zu erwarten, dass das Handeln und die Erwartungen der Menschen nicht nur vom rationalen Kalkül bestimmt sind, sondern andere Faktoren ebenfalls eine Rolle spielen. Warum werden manche Reformen einigermaßen unbeschadet beschlossen, verabschiedet und umgesetzt, andere dagegen nicht? Warum ist der Widerstand gegen Veränderung gelegentlich völlig unabhängig von der eigenen Betroffenheit?

„Konsumenten“, so erklären die Ökonomen *David Laibson* und *Jeromin Zettelmeyer*, verzichten nicht gern auf ihre spontanen Bedürfnisse. Sie sind allenfalls bereit, zukünftigen Überkonsum durch langfristige Selbstbindungen zu vermeiden. Biete man beispielsweise einem Hungrigen die Alternative, heute eine Mahlzeit zu bekommen, oder aber morgen zwei, so werde er sich für die Mahlzeit entscheiden, die ihm am Nächsten liegt. Anders sehe es aus, wenn man fragt, ob er in 100 Tagen eine, oder in 101 Tagen zwei Mahlzeiten wählen würde. In diesem Fall entscheiden sich offenbar die meisten Menschen für die doppelte Ration in 101 Tagen. Weil in diesem Fall beide Mahlzeiten erst in weiter Ferne liegen, nimmt man den Unterschied anders wahr, obwohl er materiell derselbe ist. Erst bei Erwägungen für die Zukunft siegt die Rationalität über das spontane Bedürfnis.

Selbstdisziplin, so sagen die beiden Forscher, wird nur dann leicht geübt, wenn sie auf die Zukunft bezogen wird. Auf die Forderung nach privater Altersvorsorge angewandt, würde man also annehmen, dass die Betroffenen unter Umständen bereit sind, später zu sparen, wenn sie erstmal noch in Urlaub fahren können.

Lehren für die Reformpolitik

Bei der Riester-Rente läuft im Augenblick das komplette Schema dieses Verhaltensmusters ab: Um die unvermeidlichen Kürzungen der gesetz-

lichen Rente abzufedern, führte die rot-grüne Bundesregierung eine freiwillige Zusatzrente ein, die staatlich gefördert wurde. Doch die hochgelobte Riester-Rente floppte zunächst. Die Betroffenen entschieden sich, um im Bild zu bleiben, lieber für die Mahlzeit jetzt als für die Zukunftsvorsorge.

Hätten sich die Reformer jedoch klar gemacht, dass Menschen sich schwerer tun, sich gegen etwas zu entscheiden, als eine Selbstbindung freiwillig einzugehen, wie es Nobelpreisträger *George A. Akerlof* herausgefunden hat, so hätten sie die Riester-Rente anders aufgebaut: Nicht als Opting in, wie es die Verhaltenökonomien ausdrücken, sondern als Opting out. Das heißt, jeder wäre versichert worden, es sei denn, er hätte sich dagegen entschieden.

Akerlofs Forschungen zeigen nämlich, dass mehr Menschen zögern, sich in einen freiwilligen Sparplan einzuschreiben, als aktiv zu kündigen, wenn sie automatisch eingemeindet werden. So hätte die Politik möglicherweise früher eine weitere Verbreitung der Riester-Rente durchsetzen können, ohne dass sie gleich einen Versicherungszwang hätte einführen müssen.

Ein weiteres Phänomen, über das Wirtschaftswissenschaftler und Experten immer wieder den Kopf schütteln, lässt sich an der Rentenreform erklären: Der Mensch an sich will keine Reform. Er hat, so sagen die Behavioristen, stets eine Präferenz für den Status quo. Diese Einschätzung ändert sich erst, wenn der neue Zustand eine Weile anhält. Dann wird der neue Status als Status quo empfunden und akzeptiert. So war es auch bei der Riester-Rente. Erst als die Rentenreform als neuer Status quo akzeptiert war, zog das private Sparen an. Heute wird das staatlich geförderte Vorsorge-sparen von vielen Marktteilnehmern als Errungenschaft wahrgenommen.

Auch in der Arbeitsmarktpolitik wird versucht, die Betroffenen zu einer positiven Haltung zu bewegen, allerdings mit weniger tauglichen Mitteln. Hier werden Reformmaßnahmen nicht nur umgesetzt, sie werden auch hingebungsvoll evaluiert. Am Ende wird jeder, der in eine Arbeitsmarktmaßnahme geschickt wird, wissen, ob seine anschließende statistische Vermittlungsaussicht bei 30, 60 oder 80 Prozent liegt.



Tatsache ist aber, dass die wirklich erfolgreichen Länder in der aktiven Arbeitsmarktpolitik – wie zum Beispiel Österreich und Dänemark – gar nicht so genau wissen wollen, wie ihr Erfolg zustande kommt. Sie interessieren sich nicht besonders für die Wirksamkeit ihrer Maßnahmen, sie probieren mal dies und mal jenes. Und schon gar nicht kämen sie auf die Idee, dieses Wissen, so vorhanden, allen Marktteilnehmern zur Verfügung zu stellen. Müssen sie auch nicht. Denn oft reicht es schon, wenn die sogenannten Peers – die ebenfalls Betroffenen, die Familienmitglieder oder das weitere Umfeld – beeindruckt sind, so argumentieren sie. Allein die glaubwürdige Drohung mit einer Maßnahme reiche aus, um die allgemeine Arbeitslosigkeit zu senken und die Menschen zu bewegen, schnell nach einer angemessenen Beschäftigung zu suchen.

In Deutschland geht es anders herum. Hier versorgen sich die Peers mit Informationen darüber, wie man möglichst flott an Mehraufwandsentschädigungen kommt oder welcher Mitarbeiter im Job-Center nicht so streng hinguckt.

Die Rolle der Peers ist in beiden Systemen dominierend. In einem Fall nutzt es, im anderen Fall nicht. Die Verhaltensökonomien sagen, dass das persönliche Umfeld von Menschen – das, was am Stammtisch, am Arbeitsplatz oder im Arbeitslosenzentrum gesagt wird – die Menschen mehr beeindruckt als das, was an objektiven Informationen zur Verfügung steht.

Statt auf die Ratio zu setzen, empfiehlt eine Forschergruppe, die unter Leitung des Zentrums für Europäische Wirtschaftsforschung (ZEW) in Mannheim eine Studie im Auftrag des Bundesfinanzministers erstellt hat, räumlich oder zeitlich begrenzte Experimente. Wenn die Menschen sozusagen im vorurteilsfreien Raum sehen könnten, dass eine Veränderung tatsächlich die Dinge zum Besseren wenden kann, wenn die Gewinner ein Gesicht bekommen, so würden es die Soziologen ausdrücken, dann werden auch die anderen eher bereit sein mitzumachen, auch wenn sie selbst nichts davon haben oder sogar negativ – etwa durch höhere Abgaben – davon betroffen sein könnten.

Denn Veränderung, so erklärt es die ZEW-Gruppe, in der neben Wirtschaftswissenschaftlern auch Psychologen und Neurologen arbeiteten, wird se-

lektiv wahrgenommen. Die Verlierer haben tendenziell ein stärkeres Gewicht in der Debatte als die Gewinner. Die Menschen solidarisieren sich mit ihnen bereitwillig, wenn sie das Gebot der Fairness verletzt sehen. Sie glauben erst dann, dass eine Veränderung gerecht sein kann, wenn beide Faktoren – das stärkere Gewicht der Verlierer und der Fairness-Vorbehalt – glaubwürdig ausgeräumt werden.

Politiker brauchen Mut und Stehvermögen

Für *Ludwig Erhard* gehörte zum Grundverständnis der Sozialen Marktwirtschaft: „Alle müssen am Erfolg teilhaben. Es ist der soziale Sinn der Marktwirtschaft, dass jeder wirtschaftliche Erfolg dem Wohle des ganzen Volkes nutzbar gemacht wird.“ *Erhard* wusste, dass man auch um die emotionale Zustimmung der Menschen zur Wirtschaftspolitik werben muss, er nahm sie ernst.

Bestimmungsfaktoren wie diese nehmen diejenigen, die sich heute mit der Wirtschafts-, der Sozial- oder der Finanzpolitik auseinandersetzen, wenn überhaupt, dann nur zögernd zur Kenntnis. Während die einen immer noch darauf beharren, dass der Mensch vernunftbegabt und ein rationales Wesen ist, auf dessen Einsicht man bauen können muss, haben sich die anderen darauf verlegt, nur noch aus dem Bauch heraus zu beurteilen, was wohl schmecken könnte und was nicht.

Wer aber fragt, wie eine Reform erfolgreich umgesetzt und in der Bevölkerung akzeptiert werden kann, braucht eine Menge Mut und Stehvermögen. Er darf sich nicht allzu sehr wegen der nächsten Wahl ängstigen – und er muss akzeptieren, dass Wähler sehr gut damit leben können, wenn ihr Verhalten in der Gegenwart ihren Erwartungen für die Zukunft eklatant widerspricht. Das ist nicht angenehm für jemanden, dessen Zeithorizont sich in aller Regel auf ziemlich genau vier Jahre erstreckt – und dessen politische Ratio der wirtschaftspolitischen Vernunft oft genug widerspricht.

Die Verhaltensökonomien machen es ihm nicht leichter. Sie würden nämlich energisch davon abraten, einen einmal betretenen Reformpfad voreilig aufzugeben, auch wenn eine Wahl dazwischen kommt. Am besten bleibe man bei einmal getroffenen Maßnahmen. Wer seine Reformen standhaft

vertritt und damit dafür sorgt, dass der Eindruck entsteht, die Reform sei wirklich unvermeidbar, sorgt auch dafür, dass mittelfristig die Akzeptanz dafür steigt. Reformen, bei denen man nicht mehr davon ausgehen kann, dass sie zurückgenommen werden, werden innerhalb kurzer Zeit positiver beurteilt als solche, bei denen man immer noch hofft, sie würden vielleicht wieder kassiert.

Die jetzt absehbaren Veränderungen an der Agenda 2010 sind nicht allein deshalb verheerend, weil sie die Arbeitslosenversicherung in eine falsche Richtung entwickeln. Sie sind vor allem deshalb verstörend, weil plötzlich wieder alles verhandelbar und revidierbar ist.

Wo aber liegt die Lösung? Mir erscheinen ein paar Schlüsse sehr plausibel:

■ Menschen sind nicht immer rational, deshalb kommt man mit rein rationalen Mitteln nicht weit.

■ Man muss den Status quo ernst nehmen. Eine Wirtschaftspolitik, die das negiert und mit starken Worten den Bruch mit Hergebrachtem verlangt, ruft unnötigen Widerstand hervor. Statt die völlige Umgestaltung von Politikfeldern anzukündigen, ist es klüger, die Kontinuität als vorteilhaft zu kennzeichnen und nötige Veränderungen mit einer Fortentwicklung des Status quo zu begründen. *Erhard* hat das so formuliert: „Niemand wird mir nachsagen, dass ich je Vokabeln verwandt habe wie ‚den Leibriemen enger schnallen, entsagen und entbehren müssen‘. Solche Heilmittel sind mit meiner wirtschaftspolitischen Grundauffassung nicht in Einklang zu bringen.“

■ Die Politik muss stärker auf Fairness und auf gerechte Belastungen achten.

■ Reformen brauchen ein Design. Mithilfe von Revisionsklauseln oder Opting-out-Verfahren sind sie so zu gestalten, dass sie Rücksicht auf Bedenken und Vorbehalte der Bürger nehmen.

■ Einmal vereinbarte Reformen müssen durchgesetzt werden, nach Möglichkeit muss man an ihnen festhalten und lernen, über Details hinwegzusehen. Nur durch Stetigkeit lässt sich jenes Vertrauen erwerben, das Reformpolitiker als Startkapital dringend benötigen.

Das heißt nicht, dass das aktuelle Verlangen nach mehr Freiheit, mehr Wettbewerb, mehr Leistung falsch ist. Im Gegenteil: Es ist richtig. Der Versuch der vergangenen drei Jahrzehnte, das Glück der Menschen mithilfe des Staates zu mehren, ist erkennbar fehlgeschlagen.

Umso intensiver aber muss über die Wege nachgedacht werden, die uns wieder zu den bewährten Grundsätzen der Sozialen Marktwirtschaft zurückführen. Wer das ernsthaft tut, wird keine Abstriche an der Wahrheit machen. Aber er wird mehr Dichtung in der Wahrheit zulassen.

Ich möchte mit einem Zitat von *Ludwig Erhard* schließen: „Gelingt es, mit psychologischen Mitteln ein verändertes wirtschaftliches Verhalten der Bevölkerung zu bewirken, dann werden diese psychologischen Einwirkungen zur Realität und erfüllen den gleichen Zweck wie andere Maßnahmen der hergebrachten Konjunkturpolitik.“ ■